

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Landesfinanzen und instabilen Haushalt in Mecklenburg-Vorpommern wieder auf die Beine stellen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest, dass

1. sich die Finanz- und Haushaltslage Mecklenburg-Vorpommerns insbesondere infolge der Politik der Landesregierung in einer zunehmend kritischen Entwicklung befindet, die durch steigende Verschuldung, strukturelle Defizite und eine fehlgeleitete Ausgabenpolitik gekennzeichnet ist. Die in den vergangenen Jahren propagierte solide Haushaltsführung erweist sich bei näherer Betrachtung als nicht nachhaltig, da aktuelle Haushaltsdefizite maßgeblich durch den Rückgriff auf Rücklagen und neue Schulden kompensiert werden und somit lediglich eine Verschiebung der finanziellen Lasten in die Zukunft erfolgt.
2. die Ausgabenpolitik des Landes in weiten Teilen durch konsumtive und ideologisch motivierte Maßnahmen geprägt ist, während notwendige Investitionen in die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die öffentliche Infrastruktur sowie die innere Sicherheit nicht in ausreichendem Maße priorisiert werden. Insbesondere der kontinuierliche Aufwuchs der Personalausgaben sowie eine Vielzahl von Förderprogrammen ohne nachweisbaren nachhaltigen Nutzen belasten den Landeshaushalt dauerhaft und engen die finanziellen Spielräume des Landes erheblich ein.
3. die Landesregierung bislang kein tragfähiges Konzept zur Bewältigung der absehbaren finanziellen Herausforderungen vorgelegt hat und die Risiken aus anhaltender Inflation, weiter steigenden Personalausgaben, deutlich steigenden Zinsbelastungen sowie wachsenden Versorgungsausgaben nicht ausreichend berücksichtigt werden. Ohne grundlegende strukturelle Reformen droht dem Land eine dauerhafte finanzielle Schiefelage, die zukünftige Generationen in unzumutbarer Weise belasten wird.
4. aufgrund der in der aktuellen Maiteuerschätzung dargestellten Mindereinnahmen des Landes Mecklenburg-Vorpommern die Tragfähigkeit der Mittelfristigen Finanzplanung des Landes zunehmend infrage gestellt werden muss und die Gefahr erheblicher Finanzierungslücken bereits ab dem Haushaltsjahr 2027 besteht.

5. die Landesregierung trotz der sich erheblich verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bislang keine ausreichenden Vorsorgemaßnahmen für einen dringend notwendigen Nachtragshaushalt 2027 getroffen hat und dadurch bedenkliche Risiken für die finanzielle Stabilität des Landes entstehen.
6. der derzeitige, im „Versorgungsfonds M-V“ bestehende Mix aus überwiegend niedrig verzinsten Anleihen und einem viel zu geringen Aktienanteil weit hinter den Möglichkeiten notwendiger Vermögensvermehrung zurückbleibt.
7. die steigenden Belastungen der Bürger durch hohe Energie-, Mobilitäts- und Lebenshaltungskosten bislang nicht spürbar abgedeckt werden und insbesondere Pendler sowie Einwohner des ländlichen Raums unter den hohen Kraftstoffpreisen und den zunehmenden Kosten des öffentlichen Personennahverkehrs leiden.
8. eine ideologisch geprägte Verkehrs- und Klimapolitik auf Bundes- und Landesebene zunehmend zu einer finanziellen Überforderung breiter Bevölkerungsschichten führt und Mecklenburg-Vorpommern als Flächenland in besonderem Maße auf bezahlbare individuelle Mobilität angewiesen bleibt.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag unverzüglich einen umfassenden und schonungslos transparenten Bericht zur tatsächlichen Haushaltslage vorzulegen, der die Entwicklung der Verschuldung von Land und Kommunen, die bestehenden strukturellen Defizite sowie die mittelfristigen Finanzierungslücken bis zum Ende der Dekade vollständig offenlegt und nicht länger durch den Einsatz von Rücklagen oder haushaltstechnischen Sonderkonstruktionen verschleiert.
2. ein konsequentes und glaubwürdiges Konsolidierungskonzept vorzulegen, das die Einhaltung der Schuldenbremse ohne Umgehungstatbestände gewährleistet, den weiteren Anstieg der Verschuldung beendet und die strukturellen Defizite des Landeshaushalts nachhaltig abbaut, anstatt diese weiterhin in die Zukunft zu verlagern.
3. die Ausgabenstruktur des Landeshaushalts grundlegend zu überprüfen und insbesondere konsumtive sowie ideologisch motivierte Ausgabenprogramme kritisch zu hinterfragen, ineffiziente Fördermaßnahmen zu beenden und den übermäßigen Anstieg der Personalausgaben zu begrenzen, um die finanziellen Mittel wieder verstärkt auf investive Zukunftsbereiche auszurichten.
4. die langfristigen finanziellen Belastungen aus steigenden Zinsausgaben und Versorgungslasten vollständig und transparent darzustellen sowie geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um diese Risiken nachhaltig zu begrenzen und nicht einseitig auf kommende Generationen abzuwälzen.
5. dem Landtag jährlich einen detaillierten Fortschrittsbericht zur Haushaltskonsolidierung vorzulegen, der die tatsächlichen Entwicklungen bei Schuldenstand, Ausgabenstruktur und Defiziten nachvollziehbar dokumentiert und eine wirksame parlamentarische Kontrolle ermöglicht. Dazu gehört auch die dringend notwendige Einführung der Doppik, um entstehende Risiken frühzeitig erkennbar zu machen.
6. unverzüglich die Voraussetzungen für einen Nachtragshaushalt 2027 zu schaffen und dem Landtag frühzeitig verschiedene Szenarien zur Bewältigung drohender Einnahmeausfälle sowie zusätzlicher Belastungen vorzulegen, um kurzfristige finanzpolitische Notmaßnahmen zu vermeiden.
7. eine belastbare Risikoanalyse über die zu erwartenden Mindereinnahmen des Landes sowie deren Auswirkungen auf Kommunen, Investitionen und Pflichtaufgaben vorzulegen und dabei insbesondere die Auswirkungen der konjunkturellen Entwicklung sowie bundespolitischer Entscheidungen auf die Finanzlage Mecklenburg-Vorpommerns transparent darzustellen.

8. eine deutlich stärkere Fokussierung im „Versorgungsfonds M-V“ auf renditestarke Anlageklassen mit transparenter und regelmäßiger Erfolgskontrolle im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten vorzunehmen.
9. sich auf Bundesebene für eine dauerhafte steuerliche und finanzielle Entlastung der Bürger einzusetzen, insbesondere durch Maßnahmen zur Senkung der Kraftstoffkosten sowie die Wiedereinführung bzw. Fortführung eines geeigneten Tankrabatts für Bürger und Unternehmen.
10. die Kostenentwicklung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) kritisch zu überprüfen und Maßnahmen vorzulegen, die eine dauerhafte Bezahlbarkeit des ÖPNV insbesondere im ländlichen Raum gewährleisten, ohne die kommunalen Haushalte zusätzlich unverhältnismäßig zu belasten.
11. sämtliche freiwilligen Leistungen und Förderprogramme des Landes im Hinblick auf ihre finanzielle Tragfähigkeit unter den Bedingungen rückläufiger Einnahmen einer umfassenden Evaluation zu unterziehen und hierbei insbesondere deren tatsächlichen Nutzen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Daseinsvorsorge des Landes zu überprüfen.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Die Finanz- und Haushaltslage Mecklenburg-Vorpommerns verschlechtert sich zunehmend. Steigende Ausgaben, rückläufige wirtschaftliche Dynamik sowie absehbare Mindereinnahmen stellen die langfristige Tragfähigkeit des Landeshaushalts infrage, wie die jüngste Maisteuerschätzung unmissverständlich deutlich macht. Die bislang von der Landesregierung dargestellte Haushaltsführung basiert in erheblichem Umfang auf dem Einsatz von Rücklagen, zusätzlicher Verschuldung und löst die bestehenden strukturellen Probleme in keiner Weise.

Insbesondere der anhaltende Anstieg konsumtiver Ausgaben sowie wachsender Personal- und Versorgungslasten bindet dauerhaft finanzielle Mittel und schränkt die Investitionsfähigkeit des Landes zunehmend ein. Gleichzeitig nehmen die Belastungen durch Inflation, steigende Zinsen und wirtschaftliche Unsicherheiten weiter zu. Ohne frühzeitige Gegenmaßnahmen erleben wir bedrohliche Finanzierungslücken bereits in den kommenden Haushaltsjahren, insbesondere mit Blick auf einen dringend notwendigen Nachtragshaushalt 2027.

Eine dauerhaft tragfähige Haushaltspolitik setzt zudem voraus, dass die künftigen Versorgungsausgaben realistisch abgesichert werden. Der Versorgungsfonds Mecklenburg-Vorpommern kann seine Aufgabe langfristig nur erfüllen, wenn er eine auskömmliche Rendite erwirtschaftet, die mindestens mit dem dynamischen Anstieg der Pensions- und Versorgungslasten Schritt hält. Bleibt die Rendite dauerhaft hinter den tatsächlichen Belastungen zurück, drohen wachsende Finanzierungslücken, die am Ende zulasten der Steuerzahler oder kommender Generationen geschlossen werden müssten.

Gerade in Zeiten steigender Ausgaben und zunehmender Haushaltsrisiken ist daher eine renditestarke und zugleich verantwortungsvolle Anlagestrategie unerlässlich, um die finanzielle Stabilität des Landes dauerhaft zu sichern.

Die Mittelfristige Finanzplanung des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist mit erheblichen Risiken verbunden. Insbesondere die erwartete Abschwächung der Steuereinnahmen, steigende Personal- und Versorgungsausgaben sowie höhere Zinsbelastungen werden die strukturellen Herausforderungen des Landeshaushalts in den kommenden Jahren weiter verschärfen.

Ziel muss es daher sein, die langfristige Stabilität des Landeshaushalts sicherzustellen, strukturelle Defizite schrittweise abzubauen und die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes auch unter schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu erhalten. Dies setzt eine transparente Haushaltsführung, eine wirksame Ausgabenkontrolle und eine klare Priorisierung staatlicher Aufgaben voraus.